

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Man kann sich heute kaum noch vorstellen, dass das Thema Europa noch vor drei Jahren, als der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, von den deutschen Massenmedien fast vollständig ignoriert wurde. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, das im Herbst 2009 europäische Themen noch gleichrangig mit einer Währungsreform in Nordkorea behandelt hatte,¹ widmete in der Zeit zwischen Juni 2011 und Juni 2012 gleich sechs Titelgeschichten der Lage in der Europäischen Union – mehr als jede zehnte.² Die gewachsene Aufmerksamkeit ist natürlich eine Folge der Schuldenkrise, die seit dem Frühjahr 2010 alle anderen Aspekte der Europäischen Integration in der Öffentlichkeit überlagert, und sie geht folgerichtig mit einem veränderten Tonfall der Berichterstattung einher. Während sich die wenigen Beiträge aus der Zeit vor der Euro-Krise in distanzierendem Ton mit Personalfragen in der EU-Kommission,³ oder angeblich maßlosen Gehaltforderungen von EU-Beamten befassten,⁴ sind die Titelgeschichten der Jahre 2011 und 2012 an Dramatik im Tonfall kaum zu überbieten. Vier verkünden das Ende des Euro,⁵ eine weitere den Untergang Europas als Ganzes,⁶ die sechste gar den Niedergang der ganzen Welt.⁷ Da Journalisten sich im hohen Maße in ihrer Themenwahl und in der Bewertung der von ihnen behandelten Gegenstände an ihren Kollegen orientieren,⁸ und der „Spiegel“ nach wie vor das von anderen Journalisten am meisten beachtete Leitmedium ist,⁹ kann man annehmen, dass die Veränderung der Berichterstattung im „Spiegel“ symptomatisch für die deutsche Presse als Ganzes ist. Der Euro erscheint dabei als eine gewaltige Fehlkonstruktion, die droht, das Ende der Europäischen Einheit herbeizuführen, statt, wie ursprünglich geplant, sie zu befördern.

-
- 1 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2010. Baden-Baden: Nomos 2011, S. 309-196. Dort S. 310-311.
 - 2 Thomas Darnstädt (u. a.): Auf Gedeih und Verderb. In: Der Spiegel Nr. 25 vom 20. Juni 2011, S. 38-46. Alexander Jung (u. a.): Welt am Abgrund. In: Der Spiegel Nr. 32 vom 8. August 2011, S. 62-71. Ferry Batzoglou (u. a.): Eine Bombenidee. In: Der Spiegel Nr. 39 vom 26. September 2011, S. 56-74. Martin Hesse (u. a.): Am Abgrund. In: Der Spiegel Nr. 48 vom 28. November 2011, S. 62-74. Sven Böll (u. a.): Abschied vom Euro. In: Der Spiegel Nr. 20 vom 14. Mai 2012, S. 22-31. Konstantin von Hammerstein, Ralf Neukirch, Christoph Schult: Zu wenig zu spät. In: Der Spiegel Nr. 26 vom 25. Juni 2012, S. 18-21.
 - 3 Gesicht für Europa. In: der Spiegel Nr. 46 vom 9. November 2009, S. 98.
 - 4 Brüssel im Goldtausch. In: Der Spiegel Nr. 2 vom 1. Februar 2010, S. 82.
 - 5 Darnstädt (u. a.) 2011; Batzoglou (u. a.) 2011; Böll (u. a.) 2012; Hammerstein/Neukirch/Schult 2012.
 - 6 Hesse (u. a.) 2011.
 - 7 Jung (u. a.) 2011.
 - 8 Wolfgang Donsbach: Journalist. In: Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Frankfurt am Main: Fischer 2009, S. 81-128. Dort S. 118.
 - 9 Siegfried Weischenberg, Maja Malik, Armin Scholl: Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über Journalisten in Deutschland. Konstanz: UVK 2006. Carsten Reinemann: Medienmacher als Mediennutzer. Kommunikations- und Einflusstrukturen im politischen Journalismus der Gegenwart. Köln: Böhlau 2003.

Es ist sicherlich nicht zu leugnen, dass die Schuldenkrise in vielen, wenn nicht den meisten Ländern der Europäischen Union heftige innenpolitische Erschütterungen nach sich gezogen hat. Seit Beginn der Finanzkrise sind die Regierungen in rund der Hälfte der Euro-Länder ausgewechselt worden. Die meisten von ihnen wurden, wie Melanie Amann in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung schrieb, nicht von den Wählern aus dem Amt getrieben, sondern von den Märkten gestürzt: „Was Demonstranten mit Transparenten und Farbbeuteln nicht geschafft haben, schaffen andere, gesichtslose Akteure.“¹⁰ Es hat den Anschein, als würde politische Stabilität in den europäischen Ländern zur Ausnahme. Kürzlich seufzte ein führender Koalitionspolitiker beim Anblick von für ihn unerfreulichen Parteizahlen im persönlichen Gespräch: „Merken die Leute denn gar nicht, was für eine ungewöhnliche Leistung es ist, dass wir in Deutschland noch eine funktionierende Regierung haben?“

Angesichts der Heftigkeit der öffentlichen Auseinandersetzungen um Kreditlinien, „Rettungsschirme“ und Sparauflagen liegt in der Tat die Befürchtung nahe, dass das Jahrhundertwerk der Versöhnung zwischen den Europäischen Völkern ernststen Schaden nehmen könnte. Im Februar dieses Jahres schrieb Nikolaus Busse in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Die vielleicht bedrückendste Begleiterscheinung der Euro-Krise ist die Renaissance des nationalen Vorurteils. Hemmungslos schlagen sich die europäischen Völker charakterliche Zerrbilder um die Ohren, die man in dieser Ballung lange nicht gehört hatte. Die Deutschen sind wieder die Nazis (...), während südliche EU-Mitglieder als faule Säcke und kleine Betrüger gelten (Griechen: große Betrüger). In der Presse der Mitgliedstaaten fehlt kein Klischee, vom elektronischen Stammtisch im Internet ganz zu schweigen. Manche Sätze, die in jüngster Zeit zu lesen waren, erinnern an die Jahre vor und zwischen den Weltkriegen (...). Im Grunde scheitert die europäische Einigung auf genau dem Feld, das immer ihr Hauptanliegen war: der Aussöhnung von Völkern, die einander in einer sehr langen gemeinsamen Geschichte mit Argwohn, Neid und Feindseligkeit zu begegnen pflegen.“¹¹

Stimmt das? Führen die Auseinandersetzungen um die Bewältigung der Schuldenkrise dazu, dass das Europäische Friedensprojekt als Ganzes in Gefahr gerät und die Völker auf dem Kontinent und, wie der Politikwissenschaftler Thomas Klau befürchtet, womöglich sogar auch in anderen Weltteilen, in die Kategorien nationalistischen Denkens zurückfallen?¹² Die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zu diesem Thema bestätigen diese Befürchtung nicht. Sie zeigen, dass die Euro-Krise zwar in der Tat das Gesprächsklima zwischen den Völkern belastet hat, doch von einer dauerhaften Zunahme negativer Klischeevorstellungen kann zumindest bei den Deutschen keine Rede sein.

10 Melanie Amann: Europa purzelt. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20. November 2011. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-europa-purzelt-11534033.html>. Zuletzt aufgerufen am 17. Juli 2012.

11 Nikolaus Busse: Renaissance des Vorurteils. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Februar 2012. <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europa-in-der-krise-renaissance-des-vorurteils-11657335.html>. Zuletzt aufgerufen am 17. Juli 2012.

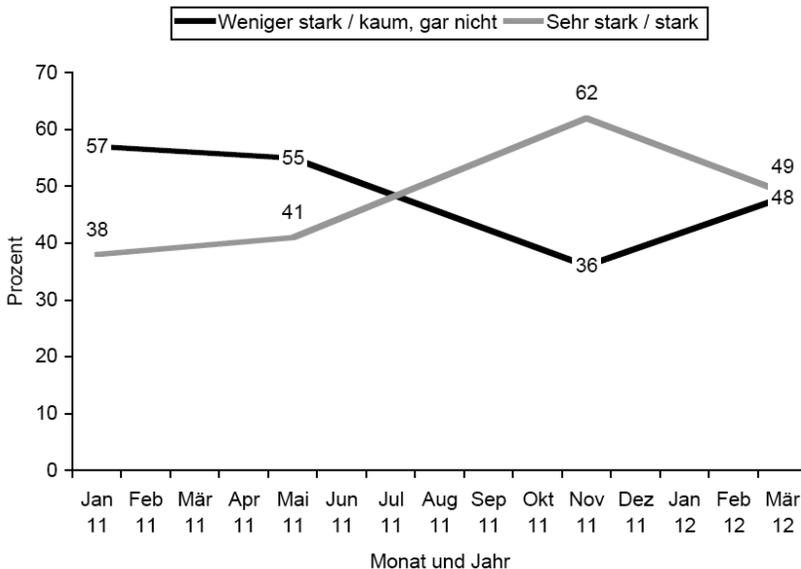
12 Thomas Klau: Modell für Milliarden. Das Friedensprojekt Europäische Union hat eine globale Dimension. In: *Internationale Politik* 67 (1), 2012, S. 31-35.

Die Wahrnehmung der Euro-Krise

Die Allensbacher Zahlen zeigen allerdings auch, dass die Euro-Krise von der Bevölkerung durchaus als sehr schwerwiegend wahrgenommen wird. Eine zum ersten Mal im Januar 2011 gestellte Frage lautet: „Zurzeit wird ja viel über die Krise des Euro geredet. Wie sehr beunruhigt Sie persönlich die Krise der Euro-Zone? Würden Sie sagen, die Krise beunruhigt Sie sehr stark, stark, weniger stark, kaum, gar nicht?“ Damals sagten 57 Prozent der Befragten, die Krise beunruhige sie „weniger stark“ oder „kaum, gar nicht.“ Lediglich 38 Prozent zeigten sich ernsthaft besorgt. Im Mai 2011 hatte sich an den Zahlen nur wenig geändert, doch im November sagten fast zwei Drittel, 62 Prozent, die Euro-Krise beunruhige sie „sehr stark“ oder „stark“. Danach legte sich die Aufregung wieder ein wenig, doch im März 2012 lag der Anteil derer, die sich wegen der Euro-Krise ernste Sorgen machten, noch immer bei 49 Prozent (Schaubild 1).

Schaubild 1: Beunruhigung angesichts der Euro-Krise

Frage: „Zurzeit wird ja viel über die Krise des Euro geredet. Wie sehr beunruhigt Sie persönlich die Krise der Euro-Zone? Würden Sie sagen, die Krise beunruhigt Sie sehr stark, stark, weniger stark, kaum gar nicht?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10066, 10073, 10082, 10087.

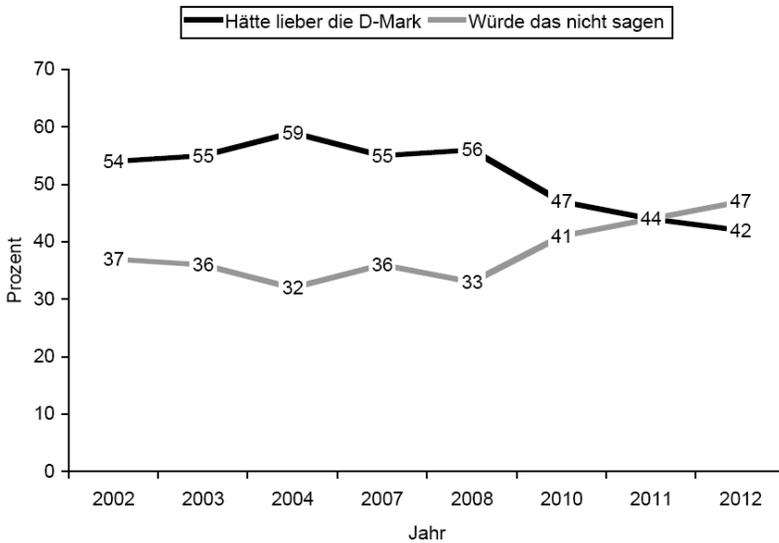
Es ist nicht überraschend, dass das Vertrauen der Deutschen in die gemeinsame Währung zurückgegangen ist, doch bereits im vergangenen Jahr zeigte sich, dass der Vertrauensverlust gegenüber dem Euro begrenzt ist, wesentlich weniger schwerwiegend als der gegenüber den anderen europäischen Institutionen.¹³ Auf die Frage „Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung?“ antworteten im März 2012 24 Prozent, sie

¹³ Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2011. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 351-358. Dort S. 353-354.

hätten „großes Vertrauen“ in den Euro. 48 Prozent sagten, sie hätten „weniger Vertrauen“, 19 Prozent äußerten „kam, gar kein Vertrauen.“¹⁴ Damit hat die Währung gegenüber der Zeit unmittelbar vor der Griechenland-Krise zwar spürbar an Ansehen verloren, doch die aktuellen Zahlen bewegen sich durchaus im Rahmen des aus früheren Jahren Bekannten. Im November 2009 sagten zwar 44 Prozent der Deutschen, sie hätten großes Vertrauen in den Euro,¹⁵ doch im Juli 2005 machten nur 27 Prozent dieselbe Angabe,¹⁶ im Juni 2001 waren es sogar nur 15 Prozent.¹⁷

Schaubild 2: Keine D-Mark-Nostalgie

Frage: „Hätten Sie lieber die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

Auffällig ist, dass die Unsicherheit der Bevölkerung angesichts der Finanzprobleme in Europa ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint. Hier weisen alle Zahlen in die gleiche Richtung: Wie Schaubild 1 zeigt, war die Zahl derer, die sich auf direkte Nachfrage stark beunruhigt zeigten, im November des Jahres 2011 deutlich höher als im März 2012. Der Anteil derjenigen, die großes Vertrauen in den Euro haben, erreichte im August 2011 mit 17 Prozent den bisherigen Tiefpunkt¹⁸ und ist seitdem wieder deutlich angestiegen. Man bekommt den Eindruck, dass sich die Bevölkerung allmählich an den Krisenzustand gewöhnt und nicht jede neue Meldung über Finanzierungskrisen in einem Euro-Land als Anfang vom Ende der Gemeinschaftswährung ansieht. Auf die Frage „Glauben Sie, dass es in zehn Jahren noch den Euro geben wird, oder haben Sie da Zweifel?“ antworteten im

14 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10087.

15 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10047.

16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7072.

17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7007.

18 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10076.

November 2011 50 Prozent, sie seien davon überzeugt es werde dann den Euro noch geben. Etwas weniger, 41 Prozent, meldeten Zweifel an.¹⁹ Ein bemerkenswerter Befund ist, dass die intensive öffentliche Diskussion um die Stabilität des Euro bei den Deutschen keine D-Mark-Nostalgie auslöst. Im Gegenteil. Die Bevölkerung hat die Gemeinschaftswährung von Anfang an zwar akzeptiert aber nie besonders geliebt. Auf die Frage „Hätten Sie lieber die D-Mark oder würden Sie das nicht sagen?“ antworteten vom Jahr 2002 bis zu ins Jahr 2010 kurz vor Beginn der Finanzkrise stets deutliche Mehrheiten, ihnen wäre die D-Mark eigentlich lieber als der Euro. Nun aber überwiegt zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt der Anteil derer, die auf diese Frage antworten: „Das würde ich nicht sagen“ (Schaubild 2). Ob hier die im Laufe eines Jahrzehnts doch zunehmende Gewöhnung die entscheidende Rolle spielt, oder der Umstand, dass vielen Menschen vielleicht erst in der Krise bewusst wird, welche Vorteile ihnen der Euro bietet, lässt sich an dieser Stelle nicht klären. Festzuhalten ist, dass die Akzeptanz des Euro in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen hat.

Vielleicht ist die gewachsene Identifikation mit dem Euro auch einer der Gründe dafür, dass sich die Bevölkerung gegenüber den überschuldeten Mitgliedsländern zunehmend unduldsam zeigt. Auf die Frage „Wäre es Ihrer Meinung nach für die Zukunft der Euro-Zone besser, wenn man hoch verschuldete Länder wie zum Beispiel Griechenland ausschließt, oder wäre das der falsche Weg?“ antworteten im Januar 2011 36 Prozent der Befragten, es sei besser, solche Länder aus dem Euro auszuschließen. Im März 2012 gaben 55 Prozent diese Antwort. Die Zahl derer, die sich ausdrücklich gegen einen Ausschluss aussprachen, sank in der gleichen Zeit von 40 auf 23 Prozent.²⁰ Mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung auf die Krise reagiert, sind die Deutschen überwiegend zufrieden. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Finden Sie, dass Angela Merkel bei der Bekämpfung der Krise der Euro-Zone gute Arbeit oder keine gute Arbeit leistet?“ 42 Prozent – mehr als CDU/CSU und FDP zum damaligen Zeitpunkt Anhänger hatten – sagten im März 2012, sie fänden, die Bundeskanzlerin leiste auf diesem Gebiet gute Arbeit. Nur 20 Prozent meinten „Keine gute Arbeit.“²¹

Das Vertrauen in die Europäische Politik

Während also das Ansehen der Gemeinschaftswährung trotz der fortwährenden Krisenberichterstattung keinen allzu großen Schaden genommen hat, ist das Vertrauen in die politische Einigung Europas wesentlich stärker erschüttert worden. Seit dem Jahr 2002 hat das Allensbacher Institut in seinen Umfragen wiederholt die Frage gestellt „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, nicht so großes Vertrauen, kaum, gar kein Vertrauen?“ Vor zehn Jahren lag der Anteil derjenigen, die auf diese Frage antworteten, sie hätten in die Europäische Union „sehr großes“ oder „großes Vertrauen“, bei 49 Prozent. 40 Prozent äußerten „nicht so großes“ oder „kaum, gar kein Vertrauen.“²² Als die Frage 2005 wiederholt wurde, war der Anteil derer, die der Europäischen Union wenig oder gar nicht vertrauten, auf 51 Prozent

19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10083.

20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10066 und 10087.

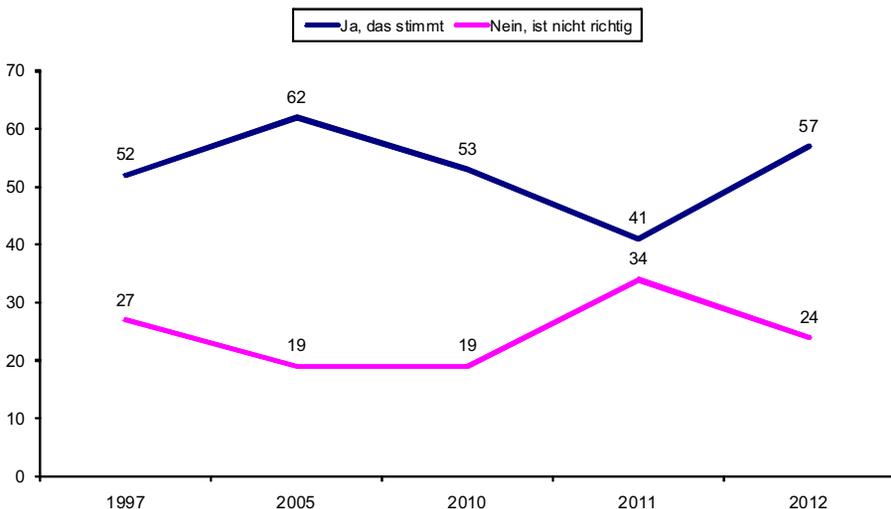
21 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10087.

22 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7016.

gestiegen. Nur noch 38 Prozent äußerten großes oder sehr großes Vertrauen.²³ In den folgenden Jahren änderte sich an diesen Antworten nichts Wesentliches. Eine Wiederholung der Frage im März 2010 erbrachte fast auf das Prozent genau das gleiche Ergebnis wie 2005.²⁴ Dann aber, in den folgenden Monaten, in denen die Griechenland-Krise ihren ersten Höhepunkt erreichte, stieg die Zahl derjenigen, die der Europäischen Union nicht vertrauten, auf 63 Prozent, diejenigen, die der Union noch vertrauten, machten nur noch ein Viertel der Bevölkerung aus. Im folgenden hielten sich die Zahlen auf dem nun erreichten Niveau. Im Januar 2011 sagten 67 Prozent, dass sie der Europäischen Union „nicht so großes“ oder „kaum, gar kein Vertrauen“ entgegenbrächten. Im März 2012 waren es 65 Prozent. Doch wie bei der Skepsis gegenüber dem Euro deuten auch die Ergebnisse zu Fragen nach der allgemeinen Einstellung gegenüber der Europäischen Einigung darauf hin, dass die Zweifel bei der Bevölkerung wieder etwas rückläufig sind. Der Anteil derer, die der Gemeinschaft „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen entgegen bringen, ist von August 2011 bis März 2012 zumindest ein wenig von 24 auf 29 Prozent und damit immerhin auf den höchsten Wert seit April 2010 gestiegen.²⁵

Schaubild 3: Kurzzeitige Zweifel an Europa

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft‘ – Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6047, 7070, 10053, 10066, 10087.

Bei anderen Fragen zeigt sich der Trend noch deutlicher: Auf die Frage „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft‘ – würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“ antworteten seit 1997 wiederholt Mehrheiten zwischen

23 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7070.

24 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10052.

25 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10053, 10055, 10066, 10076 und 10087.

52 und 62 Prozent: „Das stimmt.“ Zwischen April 2010 und Januar 2011 sank dann der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmten, auf 41 Prozent, im März 2012 lag er wieder bei 57 Prozent (Schaubild 3).

Das Europabild der Deutschen

Einen ähnlichen kurzzeitigen Ausschlag nach unten zeigen auch die Antworten auf Fragen, mit denen die Einstellung der Deutschen gegenüber europäischen Nachbarvölkern gemessen wurde. Eine Frage lautete: „Einmal ganz allgemein gefragt: Mögen Sie eigentlich die Franzosen, oder mögen Sie sie nicht besonders?“ „Ich mag sie“ sagten seit dem Jahr 1977 stets rund 50 Prozent der Bevölkerung. Im Juli 2011 waren es nur noch 35 Prozent, doch bis zum März 2012 stieg der Wert wieder auf 50 Prozent.²⁶ Bei einer analog formulierten Frage zu „den Polen“ ist das gleiche Muster zu beobachten: Im Februar 2011 sagten 32 Prozent der Deutschen, sie mochten die Polen, im Juli 2011 waren es noch 24 Prozent, 2012 35 Prozent.²⁷ An dieser Stelle sei vermerkt, dass die Deutschen auch gegenüber Griechen keine besonderen Vorbehalte zu haben scheinen. 51 Prozent sagen heute, sie mögen die Griechen, 16 Prozent mögen sie nicht besonders.²⁸

Sieht man also von einer kurzfristigen Eintrübung im vergangenen Jahr ab, hat sich am Bild, das die Deutschen von ihren Nachbarn haben, kaum etwas geändert. Dort, wo längere Trendlinien vorliegen, lässt sich allerdings auch erkennen, dass die vorangegangenen Jahrzehnte der Europäischen Einigung auch nicht umgekehrt zu einem nennenswerten Abbau von Vorurteilen beigetragen haben. Nationale Stereotype – positive wie negative – sind anscheinend außerordentlich robust und lassen sich durch kurzfristige politische Ereignisse nicht leicht erschüttern, auch wenn diese Ereignisse schwerwiegend sind. Und so zeigen sich in den Antworten der Bevölkerung auf die Allensbacher Fragen zu diesem Thema vertraut wirkende Klischeebilder. Eine im März 2012 gestellte Frage lautete: „Wie würden Sie die Franzosen beschreiben, was ist typisch für viele Franzosen?“ Dazu wurde eine Liste mit 17 verschiedenen Eigenschaften zur Auswahl vorgelegt. Es zeigte sich, dass sich die Deutschen Franzosen als besonders nationalbewusst und genussfreudig und geschmackvoll in Stilfragen vorstellen. Polen gelten unter anderem als gastfreundlich, hilfsbereit aber auch als von strengen Moralvorstellungen geprägt. Zu den am häufigsten Aussagen über Engländer gehören „angeberisch, großspurig“, aber auch „gebildet, kultiviert“ und „stilvoll, guter Geschmack.“ Alles in allem überwiegen eher die positiven Aussagen. Das gilt auch für Griechen. Sie werden in erster Line als herzlich und gastfreundlich beschrieben (68 Prozent) und als nationalbewusst (66 Prozent). 62 Prozent der Deutschen meinen, die meisten Griechen verstünden es, ihr Leben zu genießen, 58 Prozent beschreiben sie als emotional und temperamentvoll. Erst dann, an fünfter Stelle, genannt von 42 Prozent, folgt die Aussage, Griechen könnten nicht mit Geld umgehen.²⁹

Solche nationalen Klischees müssen kein Hindernis auf dem Weg zu einer weiteren europäischen Einigung sein. Bis zu einem gewissen Grad sind Stereotype im Alltagsleben sogar notwendig, um einen sonst zu komplexen Gegenstand überhaupt erfassen und ein-

26 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 3048, 3098, 7041, 10075, 10087.

27 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10067, 10075, 10087.

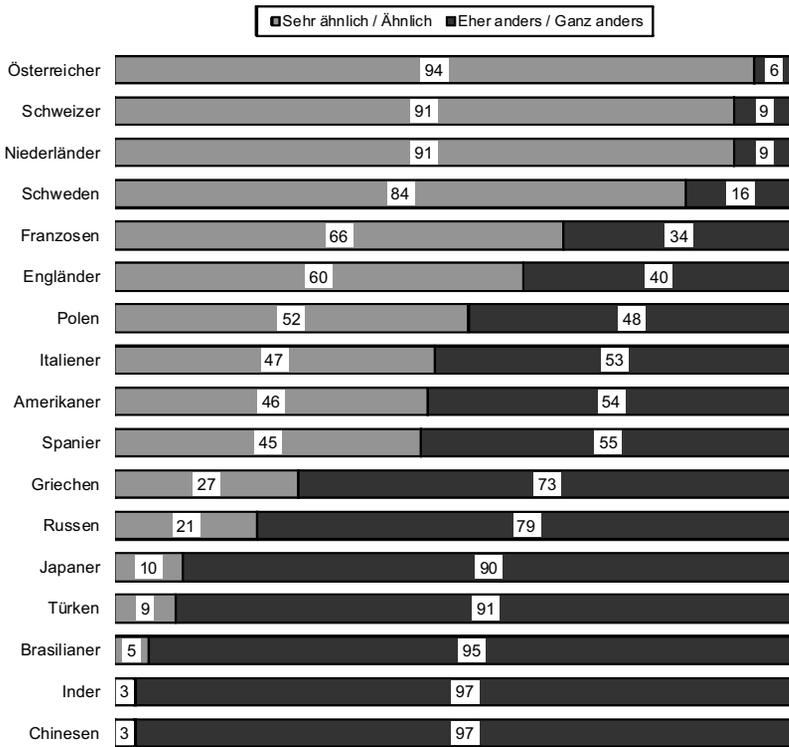
28 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10087.

29 Ebenda.

ordnen zu können.³⁰ Problematisch werden sie erst, wenn sie einen aggressiven Unterton erhalten. Doch davon ist in den Allensbacher Umfragen wenig zu erkennen. Eher im Gegenteil. Der Aussage „Die Südeuropäer haben eine ganz andere Mentalität als wir Deutschen“ stimmten im März 2012 77 Prozent der Befragten zu. Diejenigen, die zustimmten, erhielten die Nachfrage: „Glauben Sie, dass sich trotz dieser unterschiedlichen Mentalitäten ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa entwickeln kann, oder glauben Sie das nicht, sind die Unterschiede zu groß?“ 54 Prozent derer, denen diese Frage gestellt wurde, antworteten daraufhin, es könne sich durchaus ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln.³¹

Grafik: Wer ist den Deutschen ähnlich?

Frage: „Von manchen Ländern sagt man ja, dass die Menschen uns Deutschen sehr ähnlich sind, von anderen Ländern sagt man eher, dass die Menschen dort ganz anders sind als wir. Was meinen Sie, welche Nationalitäten sind uns sehr ähnlich, welche sind uns eher ähnlich, welche sind eher anders oder ganz anders?“ (Kartenspielvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10087.

30 Vgl. Thomas Petersen, Clemens Schwender: Einleitung. In: Thomas Petersen, Clemens Schwender (Hrsg.): Visuelle Stereotype. Köln: Halem 2009, S. 7-11.

31 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10087.

Bis zu einem gewissen Grad existiert ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl bereits heute. Eine ebenfalls im März 2012 gestellte Frage lautete: „Von manchen Ländern sagt man ja, dass die Menschen uns Deutschen sehr ähnlich sind, von anderen Ländern sagt man eher, dass die Menschen dort ganz anders sind als wir. Was meinen Sie, welche Nationalitäten sind uns sehr ähnlich, welche sind uns eher ähnlich, welche sind eher anders oder ganz anders?“ 17 Nationen standen zur Auswahl. Schaubild 4 zeigt das Ergebnis. Man erkennt, dass die Deutschen einen deutlichen Unterschied zwischen europäischen und anderen Völkern machen. Am engsten verbunden fühlen sich die Deutschen den Österreichern: 94 Prozent der Befragten sagen, sie hätten den Eindruck, Österreicher seien den Deutschen „sehr ähnlich“ oder „ähnlich.“ Knapp dahinter folgten Schweizer und Niederländer. Immerhin zwei Drittel der Deutschen sind der Ansicht, Franzosen seien den Deutschen ähnlich. Bemerkenswert ist, dass eine Mehrheit von 52 Prozent das gleiche über Polen sagt, obwohl das deutsch-polnische Verhältnis noch vor wenigen Jahren von deutlichen Missstimmungen geprägt war.³² Hier zeigt sich, dass Misstrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl keine Widersprüche sein müssen. Erst an neunter Stelle der Rangliste folgt mit den Amerikanern ein nichteuropäisches Volk, dem sich die Deutschen aber traditionell, auch wegen der besonders zahlreichen verwandtschaftlichen Beziehungen, in ganz besonderer Weise verbunden fühlen.³³ Abgesehen davon liegen alle nichteuropäischen Völker abgeschlagen auf den letzten Plätzen. Von Griechen sagt immerhin noch rund jeder Vierte, dass sie den Deutschen sehr ähnlich oder ähnlich seien, von Türken meinen dies lediglich neun Prozent.

Die Bedeutung eines europäischen Identitätsgefühls

Es ist offensichtlich, dass es in der Bevölkerung so etwas wie ein europäisches Identitätsgefühl gibt. Und so ist es nur folgerichtig, dass die Deutschen trotz aller Irritationen der letzten Zeit an der Europäischen Einigung festhalten. Dies zeigen die Reaktionen auf die Frage „Wenn jemand sagt: ‚Trotz aller Schwierigkeiten, die wir zurzeit in Europa haben, gehören die Europäer letzten Endes zusammen.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ 61 Prozent der Deutschen sagen dazu: „Das sehe ich auch so.“³⁴

Doch das europäische Identitätsgefühl der Deutschen ist in den letzten Jahren nicht gepflegt worden, und es kann sich auch nicht weiterentwickeln, solange die öffentliche Diskussion um die Europäische Einigung auf finanzielle Fragen beschränkt bleibt. Diese Erkenntnis ist nicht neu: Im Jahr 1997, lange vor jeder Diskussion um Finanzkrisen in Griechenland und Spanien, hielt der Freiburger Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde einen Vortrag zum Thema „Welchen Weg geht Europa?“ an der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München. Der Text dieses Vortrags liest sich aus heutiger Sicht geradezu prophetisch. Das Thema der Zeit war die anstehende Erweiterung der Union um neue Mitgliedstaaten in Ost-Mitteuropa. Dazu sagte Böckenförde: „Die politische Herausforderung der Erweiterung der Europäischen Union wird reduziert auf die Perspektive des Wirtschaftswachstums und der Wahrung des Besitzstandes der Gemein-

32 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2007. Baden-Baden: Nomos 2008, S. 197-304. Dort S. 301-303.

33 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: Unsere Freunde, die Amerikaner. In: Stern 16/1976, S. 62. Thomas Petersen: Eine Re-Nationalisierung des Denkens. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 2011, S. 5.

34 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10087.

schaft und ihrer Mitglieder. So kann, das lässt sich mit Gewissheit sagen, aus ihr nichts werden (...). Will Europa nicht stranden, darf es nicht länger als technisch-pragmatisches Konstrukt ökonomischer Rationalität erscheinen; es muss als Ordnungsidee vermittelt und in einem klaren politischen Willen der Völker sowie der einzelnen Menschen verankert werden (...). Auch gibt es Grund genug, das Wort von Jean Monnet, dem Vater von Schumann-Plan und Montan-Union, kurz vor seinem Tode wirklich ernst zu nehmen: ‚Wenn ich das Ganze noch einmal zu machen hätte, würde ich mit der Kultur anfangen.‘³⁵ Die aktuellen Zahlen des Allensbacher Instituts zeigen, dass Böckenförde mit seiner Warnung recht hatte: Wer glaubt, die Europäische Einigung allein wirtschaftlich begründen zu können, wird merken, dass das Vertrauen in den Integrationsprozess als Ganzes verloren geht, sobald die Wirtschaft in eine Krise gerät, weil damit das einzige zuvor genutzte Argument hinfällig wird. Ein dauerhaft stabiles Europa wird nur dann entstehen, wenn die Völker davon überzeugt sind, dass sie auch in wirtschaftlich schweren Zeiten zusammenhalten müssen, weil sie nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vor allem aus kulturellen und politischen Gründen zusammengehören. In Deutschland sind die Grundlagen für eine solche Überzeugung – noch – vorhanden.

35 Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Welche Weg geht Europa?* München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung 1997, S. 46-49.